

Trübes Wirtschaftsklima setzt Oberösterreichs Arbeitsmarkt zu: Mehr Arbeitslose und weniger offene Stellen im August

LH Pühringer/LR Strugl: "70.000 Oberösterreicher/innen werden durch aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützt"

(LK) Keine Erholung hat der August 2014 für den oberösterreichischen Arbeitsmarkt gebracht – im Gegenteil: Die Arbeitslosenquote ist nach vorläufigen Zahlen des Arbeitsmarktservice von 4,8 % im August 2013 auf heuer 5,3 % gestiegen. Gleichzeitig ist auch das Stellenangebot um fast 8 Prozent auf 6.912 offene Stellen zurückgegangen. "Das Land OÖ unternimmt alle Anstrengungen, um jene Oberöstereicher/innen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, rasch wieder in Beschäftigung zu bringen", erklären Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und Wirtschaftslandesrat Dr. Michael Strugl. "Mit gezielten Maßnahmen beispielsweise für Jugendliche, Frauen aber auch ältere Arbeitnehmern/innen werden heuer rund 70.000 Oberösterreicher/innen unterstützt.

Junge, Frauen und Geringqualifizierte im Fokus

Die Palette der Unterstützungsangebote reicht von Lehrgängen für Jugendliche über Facharbeiter/innenkurzausbildungen, Teilqualifizierungen, Zielgruppenstiftungen, Produktionsschulen, Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigungen und vieles mehr bis hin zu Kinderbetreuungsprojekten und Beratungen für Wiedereinsteiger/innen. Insgesamt werden von Land OÖ, Arbeitsmarktservice und Sozialministerium Service rund 240 Millionen Euro investiert.

JUST Jugendstiftung bis 2018 verlängert

Bei den Frauen konnte damit in einer längerfristigen Betrachtung bereits ein Ansteigen der Erwerbsquote erreicht werden. Ein besonderes Augenmerk wird auf Jugendbeschäftigung gelegt, rund 48 Millionen Euro werden alleine dort investiert. Beispielsweise wurde kürzlich die Finanzierung der JUST Jugendstiftung für die Jahre 2015 bis 2018 fixiert. Damit wird Jugendlichen ermöglicht, um Rahmen der Stiftung einen Lehrabschluss zu erwerben. "Wie wichtig diese formale Qualifizierung ist, zeigt



auch die aktuelle Arbeitsmarktstatistik: Fast die Hälfte aller Arbeitslosen kann maximal einen Pflichtschulabschluss vorweisen", so Pühringer & Strugl.







